

Mahnwache für den Atomausstieg
www.atomausstieg-buxtehude.de



Ansprechpartner
Thomas Ringleben-Fricke
Bertramstr. 65, Buxtehude
Antiatom.Bux@Posteo.de
04161 / 65 299 17
Buxtehude, 5. August 2016

Per E-Mail

An Herrn
Oliver Grundmann
Am Hinterdeich 4
21680 Stade

Ihr Schreiben zur Brennelemente-Steuer vom 29.07.2016

Sehr geehrter Herr Grundmann,

zunächst einmal vielen Dank, dass Sie sich die Zeit genommen haben, auf unseren „Appell zur Beibehaltung der Brennelemente-Steuer“ ausführlich zu antworten und uns Ihren Standpunkt darzulegen.

Natürlich bedauern wir es sehr, dass Sie sich nicht unserer Auffassung anschließen können. Aber das Schöne an einer Demokratie ist ja, dass es verschiedenen Auffassungen geben darf, über die man sich auch austauschen darf.

Um die Diskussion zur Brennelemente-Steuer weiterzuführen, haben wir die Ausführungen Ihres Schreibens kommentiert sowie einige Passagen der Bundestagsrede Ihres Fraktionskollegen, Dr. Frank Steffel gegenübergestellt. Dabei ist uns bewusst, dass die Rede im Kontext der Laufzeitverlängerung 2010 gehalten wurde. Möglicherweise wird Herr Dr. Steffel diese Aussagen in Bezug auf die gegenwärtige Situation nicht mehr tätigen. Wir finden dennoch, dass diese Aussagen auch für die aktuelle ihre Gültigkeit behalten haben und sehen daher Widersprüche zwischen Ihrer Argumentation heute und den Ausführungen von Herrn Dr. Steffel 2010.

Wie angekündigt, haben wir unsere Auffassung zur Entfristung der Brennelemente-Steuer sowie Ihr Schreiben zusammen mit den weiteren Informationen hier veröffentlicht:
<http://www.atomausstieg-buxtehude.de/brennelemente-steuer/>

Über einen weiteren Meinungsaustausch zu dem Thema würden wir uns freuen.

Mit freundlichen Grüßen,

Thomas Ringleben-Fricke
- Sprecher der Buxtehuder Mahnwache für den Atomausstieg -

Anlage
Gegenüberstellung verschiedener
Aussagen zur Brennelemente-Steuer

- a) Oliver Grundmann im Schreiben an die Mahnwache für den Atomausstieg (Juli 2016)
- b) Dr. Frank Steffel (CDU-Fraktion, Bundestags-Plenarsitzung am 08.07.2010) <http://dbtg.tv/fvid/687524>
- c) Kommentar von Thomas Ringleben; Mahnwache für den Atomausstieg (August 2016)

1a) Oliver Grundmann im Schreiben an die Mahnwache für den Atomausstieg (Juli 2016):

Laut Gesetz ist die Brennelemente-Steuer bis Ende 2016 befristet.

Die Brennelemente-Steuer wurde als wesentlicher Teil der staatlichen Gewinnabschöpfung im Zuge der im Herbst 2010 beschlossenen Laufzeitverlängerung eingeführt; u. a. mit der Zielsetzung, die Energiekonzerne an den Folgekosten der Laufzeitverlängerung zu beteiligen.

1b) Dr. Frank Steffel (CDU-Fraktion, Plenarsitzung des Bundestages am 08.07.2010)

Die Laufzeitverlängerung für Kernkraftwerke hängt natürlich politisch mit diesem Thema zusammen; das wissen wir alle.

Aber formal sagen wir sehr klar, dass die Einführung der Brennelementesteuer im Rahmen des Sparpakets damit nicht direkt im Zusammenhang steht.

1c) Kommentar von Thomas Ringleben; Mahnwache für den Atomausstieg (August 2016)

Durch die Entscheidung zur Laufzeitverlängerung (2010) hatte die Bundesregierung den Atomkonzernen einen absehbaren Zusatzgewinn von mehr als 60 Mrd. Euro beschert. (Das ist durch den erneuten Atomausstieg 2011 aber nicht zum Tragen gekommen). Somit war es - auch als Rechtfertigung gegenüber der Wählerschaft - im Jahr 2010 politisch folgerichtig einen Teil der Gewinne der Staatskasse zuzuführen.

Die Regierung hat deshalb eine Brennelemente-Steuer eingeführt - allerdings befristet bis 2016. Beim Weiterbetrieb aller 17 deutschen AKWs hätten die jährlichen Steuer-Einnahmen 2,3 Milliarden Euro betragen (insgesamt also 14 Mrd. Euro bis 2016).

Das „Geschäft“ der Regierung mit der Atomwirtschaft lautete also in etwa folgendermaßen: „Wir ermöglichen Euch 60 Mrd. Euro Zusatzgewinn - und Ihr gebt uns ein Viertel davon ab.“

Als Mahnwache für den Atomausstieg sind wir jedoch davon überzeugt, dass eine zeitlich unbefristete Brennelemente-Steuer schon vor der Laufzeitverlängerung und auch nach dem erneuten Atomausstiegsbeschluss weiterhin angemessen und notwendig ist.

Beispielsweise hatten die Oppositionsparteien 2010 im Bundestag eine Brennelemente-Steuer gefordert, und zwar unter Verzicht auf eine Verlängerung der Laufzeiten. Im Wahlprogramm der Bundes-SPD 2013 (also nach den erneuten Ausstiegsbeschluss) findet sich sogar die Forderung nach einer Anhebung der Brennelemente-Steuer.

Auch Dr. Frank Scheffel (CDU) hat in seiner Bundestagsrede 2010 deutlich gemacht, dass es zwar einen politischen Zusammenhang zwischen Laufzeitverlängerung und Brennelemente-Steuer gab. Eine sachliche Begründung der Brennelemente-Steuer durch die Laufzeitverlängerung gab es aber auch aus Sicht der CDU/CSU im Jahr 2010 nicht.

2a) Oliver Grundmann im Schreiben an die Mahnwache für den Atomausstieg (Juli 2016):

Aus Erwägungen der Haushaltskonsolidierung wurde diese Steuer vom Deutschen Bundestag (ab 2011) bewusst befristet eingeführt.

Die Union hat im Wahlkampf versprochen - und dies auch in den Koalitionsverhandlungen durchgesetzt -, **dass es zusätzliche steuerliche Belastungen** in dieser Legislaturperiode **nicht geben wird**. Das bedeutet gleichzeitig auch, dass eine planmäßig auslaufende Steuer nicht fortgeführt werden darf.

2b) Dr. Frank Steffel (CDU-Fraktion, Plenarsitzung des Bundestages am 08.07.2010)

Wir halten es für richtig, diese Brennelementesteuer einzuführen, denn die Kernenergie ist eben nicht vom CO₂-Emissionshandel betroffen und somit gegenüber anderen Energieträgern bevorzugt. Wir halten das auch für richtig, weil gerade die Kosten für Endlagerung und für den Rückbau der Kernkraftwerke im Wesentlichen vom Steuerzahler in Deutschland getragen werden.

Wir halten das für richtig, weil der Strommarkt mehr Chancengleichheit braucht und gerade die großen vier nationalen Stromversorger hier einen Wettbewerbsvorteil gegenüber vielen kleinen und mittelständischen Stromanbietern haben. Auch hier wollen wir Chancengerechtigkeit und mehr Wettbewerb. Wir halten es für richtig, weil der **Begriff „Steuer“ irreführend ist. Es handelt sich im Wesentlichen nämlich nicht um eine Steuer, sondern um einen Subventionsabbau.** Auch das ist Teil des Sparpakets.

2c) Kommentar von Thomas Ringleben; Mahnwache für den Atomausstieg (August 2016)

Unabhängig von den im Zuge der Laufzeitverlängerung 2010 erwarteten Zusatzgewinnen wird auch heute noch jeder Betriebstag eines AKW wirtschaftlich bevorteilt:

So werden die Haftungsrisiken für die Folgen eines eventuellen Super-GAUs durch den deutschen Steuerzahler übernommen - weil es weltweit keine Versicherung gibt, die das Risiko in für einen bezahlbaren Beitrag absichern würde.

Hinzu kommen Befürchtungen, ob die im Regelbetrieb sowie durch Revisionsarbeiten freiwerdende Strahlung das Krebsrisiko von Anwohnern erhöht.

Und die bei der Atommüllentsorgung anfallenden Kosten werden höchstwahrscheinlich wesentlich höher ausfallen als dies in der Einigung mit von den Atomkonzernen angesetzt worden ist(siehe unten Nr.4).

Durch die Brennelemente-Steuer, wird ein Teil der wirtschaftlichen Begünstigung des AKW-Betriebs ausgeglichen. Das ist auch für die Zukunft sinnvoll und angemessen.

3a) Oliver Grundmann im Schreiben an die Mahnwache für den Atomausstieg (Juli 2016):

Von einem Geschenk für Stromkonzerne zu sprechen, ist in diesem Zusammenhang (gemeint ist Auslaufen der Brennelemente-Steuer Ende 2016, Anmerkung Ringleben) unzutreffend, weil die 2010 beschlossene Laufzeitverlängerung durch den Beschluss zum Atomausstieg hinfällig geworden ist.

Es geht jetzt darum, die Lasten der Energiewende fair zu verteilen. Den Stromkonzernen sind durch eine politische Entscheidung große Teile ihrer Geschäftsgrundlage weggebrochen. Eine Neuausrichtung auf tragfähige Geschäftsmodelle, die helfen unsere ehrgeizigen Klimaziele zu erfüllen und die Energiewende entscheidend voranbringen, sollten wir nicht zusätzlich erschweren. Wenn wir den Bogen überspannen, sind tausende von Arbeitsplätzen in Gefahr. Mit einem Totalausfall wäre wirklich niemanden geholfen.

3c) Kommentar von Thomas Ringleben; Mahnwache für den Atomausstieg (August 2016)

Von einem „Geschenk“ ist in unserem Schreiben an keiner Stelle die Rede. Allerdings verwendet die Bundesweite Umweltorganisation „ausgestrahlt“ dieses Schlagwort, um die Kritik am Auslaufen der Brennelemente-Steuer deutlich zu machen. ... Und nun zu den inhaltlichen Argumenten:

Bereits im Jahr 2000 haben die deutschen Atomkonzerne mit der Bundesregierung einen Atomausstieg vereinbart, der in etwa den aktuellen Ausstiegs-Plänen entspricht.

Statt jedoch ihre Geschäfts- und Investitionspolitik auf den Atomausstieg auszurichten haben die Atomkonzerne darauf hingewirkt und darauf vertraut, dass die nächste schwarz-gelbe Regierung den Atomausstieg wieder rückgängig macht. Das ist dann 2010 mit dem Beschluss zur Laufzeitverlängerung auch eingetreten.

Nur drei Monate nach der Laufzeitverlängerung hat die Fukushima-Katastrophe dann die Pläne der Atomkonzerne durchkreuzt und auch die schwarz-gelbe Bundesregierung zum (erneuten) Atomausstieg gezwungen.

Hätten die Energiekonzerne bereits seit der ersten Atomausstiegs-Vereinbarung 2000 als verlässliche Partner der Energiewende agiert,

- ◇ so wäre die Energiewende heute schon wesentlich weiter umgesetzt und
- ◇ so hätten die Konzerne trotz der (nur kurze Zeit gültigen) Laufzeitverlängerung 2011 bereits Geschäftsmodelle realisiert, die auf die Energiewende angepasst sind,
- ◇ und im Jahr 2010 hätte es wahrscheinlich auch niemanden gegeben, der eine Laufzeitverlängerung gefordert oder durchgesetzt hätte.

Jedes deutsche Atomkraftwerk erwirtschaftet täglich eine Millionen Euro. Und gerade wegen des Atomausstiegs werden dort keine Gelder mehr für große Zukunftsinvestitionen ausgegeben.

Die Brennelemente-Steuer hat weder Einfluss auf den Börsenpreis für Strom noch gefährdet sie Tausende von Arbeitsplätzen.

Das Ende der Brennelemente-Steuer wird daher ab 2017 ausschließlich die Gewinne der AKW-Betreiber erhöhen. Und es wird ein weiterer Anreiz für die Konzerne sein, Ihre Lobbyismus-Aktivitäten für eine erneute Laufzeitverlängerung zu verstärken. Die AfD unterstützt eine Laufzeitverlängerung ja bereits in ihrem Grundsatzprogramm. Und die Energiekonzerne werden sich so einer Forderung sicherlich nicht widersetzen.

4a) Oliver Grundmann im Schreiben an die Mahnwache für den Atomausstieg (Juli 2016):

Ebenso kann ich nicht gelten lassen, dass sich die Stromkonzerne aus der Verantwortung stehlen. Die Folgekosten für den Atommüll übernimmt ein Staatsfonds, der in den nächsten Jahren mit mehr als 23 Mrd. Euro an Rückstellungen und Geldzahlungen der Konzerne befüllt werden soll.

4c) Kommentar von Thomas Ringleben; Mahnwache für den Atomausstieg (August 2016)

Es ist sinnvoll, dass die Politik sich mit den Atomkonzernen zunächst einmal auf Kostenschätzungen bei der Entsorgung einigt, um dann über die Kostentragung diskutieren zu können. Das ist pragmatisch, denn in Anbetracht der zunehmenden Dynamik auf den Märkten ist nicht sicher vorhersehbar, wie lange die Atomkonzerne noch greifbar sind und für die Entsorgung zur Verantwortung gezogen werden können.

Doch trotz umfangreicher Überlegungen und einer ersten Einpreisung der Kosten für die Atommüllentsorgung gilt:

Für die Kosten der Endlagerung sowie des AKW-Rückbaus liegen keine ausreichend zuverlässigen Zahlen vor, so dass es sich um Überlegungen mit vielen Unbekannten handelt.

So ist für die Abfälle der Atomwirtschaft noch kein einziges geeignetes Endlager fertiggestellt worden. Demzufolge gibt es keine ausreichenden Daten für zuverlässige Kostenaussagen. Und die Asse zeigt, dass Fehlentscheidungen extrem hohe Folgekosten mit sich bringen, die im Falle der Asse auch heute noch nicht überschaubar sind.

Allgemein haben bereits viele Großprojekte gezeigt, dass sich die ursprünglich angesetzten Kosten im Laufe der Realisierung vervielfachen (siehe Elbphilharmonie, Stuttgart 21, ...)

Beispielsweise hat das deutsche Atomforum 1984 den Beginn der Atommüll-Einlagerung von schwach- und mittelradioaktiven Abfällen im Schacht Konrad für 1989 bei anvisiert und Kosten in Höhe von 900 Mio. Euro geschätzt. Derzeit ist noch immer ungewiss, ob der geplante Eröffnungstermin im Jahr 2022 gehalten werden kann und die Kostenschätzung beläuft sich auf mindestens 2,9 Milliarden Euro.

In Bezug auf hochradioaktive Abfälle wird eine erneute Endlagersuche erst noch begonnen, nachdem deutlich geworden ist, dass die ursprüngliche Entscheidung für Gorleben im Wesentlichen aus politischen Gründen erfolgt ist und dass dabei viele wissenschaftliche Erkenntnisse und Vorbehalte nicht berücksichtigt worden sind. Bis zur Einlagerung hochradioaktiver Abfälle werden noch viele Jahrzehnt vergehen, vielleicht sogar über einhundert Jahre - auch verbunden mit den zusätzlichen Kosten für eine geeignete Zwischenlagerung.

Und bei all diesen Fehlern bei Kostenschätzungen ist es dann auch keine Überraschung, dass sich die Abrisskosten des AKW Stade von den ursprünglich angesetzten 500 Mio. Euro voraussichtlich auf eine ganze Milliarde Euro verdoppeln werden.

Obgleich die zurzeit vereinbarten 23 Mrd. Euro von den Atomkonzernen als zu hoch bezeichnet werden, so ist dennoch davon auszugehen dass der Steuerzahler und die Allgemeinheit im Laufe der Zeit ein Vielfaches dieses Betrages werden aufbringen müssen. Denn die Kosten werden mit „an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit“ erheblich höher ausfallen und früher oder später werden die Energiekonzerne aus dem einen oder anderen Grund nicht mehr in die Pflicht genommen werden können.

Und überhaupt: Ob die Konzerne im Laufe der nächsten Jahre wirklich die 23 Mrd. Euro vereinbarungsgemäß einzahlen werden und können, das bleibt noch abzuwarten.

5a) Oliver Grundmann im Schreiben an die Mahnwache für den Atomausstieg (Juli 2016):

Kurzum: Den breiten Mehrheitswillen, schnellstmöglich aus der Kernenergie auszusteigen, erkennen wir als CDU/CSU ausdrücklich an.

5c) Kommentar von Thomas Ringleben; Mahnwache für den Atomausstieg (August 2016)

Wir würden uns natürlich freuen, wenn CDU/CSU vom geplanten Atomausstieg auch überzeugt wären und sich nicht nur vom Mehrheitswillen dazu gedrängt fühlen.

6a) Oliver Grundmann im Schreiben an die Mahnwache für den Atomausstieg (Juli 2016):

Nicht SPD und Grüne haben den Atomausstieg realisiert und den Schalter für die Energiewende umgelegt, sondern eine von einem breiten politischen Willen getragene Koalition aller im Bundestag vertretenen Fraktionen.

6c) Kommentar von Thomas Ringleben; Mahnwache für den Atomausstieg (August 2016)

Es ist richtig, dass der Atomausstieg viele Eltern hat. Für unser Anliegen ist es unwichtig, ob jemand -bzw. wer- die Entscheidung für sich reklamiert.

Wichtig ist vielmehr, wie konsequent die nächsten erforderlichen Schritte umgesetzt werden.

7a) Oliver Grundmann im Schreiben an die Mahnwache für den Atomausstieg (Juli 2016):

Wir sollten nun mit aller Kraft dafür arbeiten, dass die Energiewende ein Erfolg wird.

7b) Dr. Frank Steffel (CDU-Fraktion, Plenarsitzung des Bundestages am 08.07.2010)

Es werden (durch die Brennelemente-Steuer, Anmerkung Ringleben) die wirtschaftlichen Vorteile der Kernenergie reduziert und zusätzliche Anreize für regenerative Energien geschaffen. Das ist in den kommenden Jahren der richtige Weg.

7c) Kommentar von Thomas Ringleben; Mahnwache für den Atomausstieg (August 2016)

Der Ausbau der erneuerbaren Energien hat große Erfolge aufzuweisen. Im vergangenen Jahr (2015) betrug der Anteil der erneuerbaren Energien am deutschen Strommix über 30%. Damit ist der Anteil der erneuerbaren Energien im deutschen Strommix innerhalb eines Jahres um 5% angewachsen.

Die Regierungskoalition hat 2016 mit den stark umstrittenen Neuregelungen zum EEG eine deutliche Begrenzung der erneuerbaren Energien im Strombereich beschlossen - bis 2025 sollen es maximal 40 bis 45% werden. Das bedeutet künftig eine jährliche Steigerung der erneuerbaren Energien im Strommix um 1 bis 2 Prozent. Das ist fast nichts im Vergleich zu den 5% in 2015. Das neue EEG bremst die Energiewende auf Schneckentempo ab - statt sie weiter voranzutreiben.

Und es gibt viele Themen, die mutig und kreativ angegangen werden müssen. So bedarf z.B. der Strommarkt dringender Reformen mit dem Ziel, den Strommarkt an das schwankende Stromangebot aus Wind und Sonne sinnvoll anzupassen und auch den Betrieb von Strom-Speichern und von Gaskraftwerken rentabel zu machen.

Wir sind gespannt darauf, wie CDU/CSU in Zukunft die notwendigen Entscheidungen vorantreiben, um die Aufgaben der Energiewende zu einem schnellen Erfolg zu führen.

8a) Oliver Grundmann im Schreiben an die Mahnwache für den Atomausstieg (Juli 2016):

Und dazu gehört eben auch, dass man sich von lieb gewonnenen Feindbildern löst und die Stromkonzerne bei deren Umbau unterstützt.

8c) Kommentar von Thomas Ringleben; Mahnwache für den Atomausstieg (August 2016)

Ein Abbau von Feindbildern ist auch in unserem Sinne. Eine gleichberechtigte, konstruktive und sachorientierte Diskussion und Zusammenarbeit mit allen Interessierten und Beteiligten führt zum besten Ergebnis.

Und natürlich werden auch die Stromkonzerne für die Energiewende dringend benötigt. Allerdings geht es hier um Milliardenbeträge, bei denen nicht alle Beteiligten und Betroffenen die gleichen Interessen haben - und auch nicht die gleichen Möglichkeiten haben, sich einzubringen und mitgestalten.

Der durch die Laufzeitverlängerung 2010 ausgehebelte erste Atomausstieg macht uns deutlich, dass wir uns nicht auf alle Versprechungen verlassen können.

Unser Anliegen ist die schnelle Umgestaltung unserer Energiewirtschaft zu einer Atomstrom- und Kohlestrom- freien Energieversorgung und -erzeugung.

Der Ausbau von Wind- und Solar-Energie ist in den vergangenen Jahren im Wesentlichen leider nicht von den großen Energie-Konzernen getragen worden - sondern eher von Bürgern sowie von kleinen und mittleren Unternehmen.

Wir wünschen uns, dass die Strom-Produzenten und -Händler nun sowohl eine schnelle und konsequente Abkehr von Kohle- und Atomkraft vollziehen - als auch dauerhaft die Verantwortung für die Folgen Ihres Handelns der vergangenen Jahrzehnte (z.B. Atommüll) übernehmen. In diesem Punkt gibt es Abweichungen zwischen unserem Anliegen und den Interessen der Energiekonzerne. Und das muss für einen ehrlichen Dialog auch offen angesprochen und diskutiert werden.